

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.
Bemerkenswerter-Sammelnummer: 25 241
Preis für Nachdruckpreise: 20 Pf.

Lobeck's - Dreiring -
Kakao, Schokolade,
Konfitüren, Zuckerwaren.

Firma gegr. 1838. • 16 mal prämiert.

Veröffentlichung und Sammelbestellung:
Werderstraße 33-40.
Druck u. Verlag von Cieplich & Reichardt in Dresden.
Postleitzahl-Nr. 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Vororten bei täglich zweimal. Zustellung monatl. 14 M., vier zulässig. zweimal. Zustellung monatl. 12,50 M., vierzehntägl. 17,50 M. | Anzeigen-Preise. Die Spalte 37 mm breite Zeile 4 M. Ein Familienanzeige, Anzeigen und Schilder- u. Wohnungsanzeige, 10 Pf. Bezeichnung laut Tarif. Unser Auftrag ist gültig. Vorauflage geg. Vorauflage geg. | Gegenauflage 70 Pf. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachrichten.“ gestattet. Unterlagen Schriftstücke werden nicht ausgesetzt.

Der Reichshaushaltspunkt für 1922.

Ein Überschuss von 18 Milliarden zur Ausführung des Friedensvertrages.

(Nachrichtenunterricht Berliner Schriftleitung.) Berlin, 27. Jan. Morgen soll dem Reichsrat der Reichshaushaltspunkt und der Etat für die Ausführung des Friedensvertrages vorgelegt werden. Der Etat für 1922 ohne die Betriebsverwaltungen und ohne die Ausgaben für die Ausführung des Friedensvertrages schlägt mit einem Überschuss von 18 Milliarden ab. Diese 18 Milliarden sollen zur Deckung der ordentlichen Ausgaben bei der Ausführung des Friedensvertrages verwendet werden. In den Einnahmen des ordentlichen Staats sind die Steuern so eingestellt, wie sie nach den Regierungsvorlagen geplant worden sind. Abdrücke, die vom Reichstag etwa vorgenommen werden dürften, sind noch nicht verübt. Der ordentliche Staat schlägt die Einnahmen auf 103,2 Milliarden. Die fortlaufenden Ausgaben sind rund 88 Milliarden, die ehemaligen Ausgaben 2,2 Milliarden, zusammen also 113,2 Milliarden ausgeworfen. Am ordentlichen Haushalt ergibt die Endsumme 2% Milliarden Ausgaben für die allgemeine Reichsverwaltung. In diesem Haushalt werden auch 8,8 Milliarden als Ressort für die Betriebsverwaltungen angefordert, die gesamtmehr den Betriebsverwaltungen als Anteil zur Erweiterung ihrer Betriebe zur Verfügung gestellt werden. Von den Abstichen im ordentlichen Etat sind besonders bemerkenswert die Lebendmittelzuschüsse, die für das Jahr 1921 über 6 Milliarden Mark betragen, und die Anträge für die Betriebsverwaltungen (Post und Eisenbahn usw.). Die Post hatte für 1921 einschließlich des L. Nachtragsdetails, der jetzt dem Reichstag vorliegt, einen Zuschuss von 3,8 Milliarden erfordert. Für die Eisenbahnen betragt 1921 der Lebendmischzuschuss 10,8 Milliarden. Die Ausstellung des Etats zur Ausführung des Friedensvertrages sollte anfangs auf Grund des Umrechnungskurses 1 Goldmark gleich 60 Papiermark erfolgen. Angeschlossen der Befreiung der deutschen Währung wurde jedoch schließlich der Umrechnungskurs 1 : 45 gewählt. Nach diesem Umrechnungskurs ergibt sich als Gesamtbetrag im ordentlichen Haushalt zur Ausführung des Friedensvertrages die Summe von 147,7 Milliarden. Die außerordentlichen Ausgaben betragen 39,9 Milliarden, zusammen also 187,6 Milliarden Mark.

Mc. Kennea zur Reparationsfrage.

(London, 27. Jan.) Der frühere Schatzsekretär und jetzige Vorsitzende der Londoner Joint City- und Midland-Bank Mc. Kennea hält auf der heutigen Generalversammlung dieser Bank eine Rede über die allgemeine Handels- und Wirtschaftslage. Zur Frage der deutschen Reparationen bemerkte er, eine Voraussetzung für die Wiederherstellung Europas sei die

Regelung der Bedingungen der deutschen Entschädigungen auf einer festen wirtschaftlichen Grundlage. Wenn die Form der Reparationen und die Mittel zur Sicherstellung der Zahlungen mehr Schaden als Nutzen brächten, dann verfehlten sie ihren Zweck. Mc. Kennea fuhr fort: Wenn man von außen her einen Druck auf Deutschland ausübt, so bedeutet das, dass man Deutschland zwinge, seinen Außenhandel unter der Bedrohung mit Invasion, Blockade oder anderen Strafmitteln zu entwirken. Deutschland kann nur im Wettbewerb mit seinen Handelsrivalen ausführen, die es auf den ausländischen Märkten unterbieten muss. Um sich eine billige Produktion zu sichern, muss Deutschland für bessere Arbeitszeugnisse weniger Lohn zahlen, als die anderen Nationen. Dieses kann es erreichen, indem es die Wirtschaft so entwertet, dass ihr Wert im Ausland den Wert im Ausland übertrifft. Solange diese Verschiedenheit im Wert besteht, wirkt sie wie eine Prämie auf die deutsche Währung, und

da der Druck auf Deutschland, Reparationszahlungen zu leisten, fortduert, kann es eine fortwährende Entwertung seiner Währung nicht verhindern.

Der deutsche Wettbewerb zu Preisen, die weit unter denen für England möglichen seien, ist ein ernster Schlag für den englischen Außenhandel und eine der Ursachen der Depression und der weitverbreiteten Arbeitslosigkeit in den letzten zwölf Monaten. Mc. Kennea sagte weiter, Deutschland könne schwerlich bis zum vollen Maße eines Ausfuhrüberschusses zählen, ohne damit den Wert der Mark im Auslande unter ihren Wert im Innlande zu drücken. Was die

Form der Zahlungen

betrifft, so könne Deutschland in bestimmten Waren zahlen, die sonst England in Betracht komme. Butter, Holz, Kali und andere Stoffe seien können, die für England schwer entwendbar seien und die es entweder überhaupt nicht oder nur in ungenügender Menge erzeuge. Deutschland könnte auch zahlen durch die Auslieferung aller ausländischen Wertpapiere, die im Besitz deutscher Unterthanen seien. Mc. Kennea fügte hinzu, er gehe bei seinen Ausführungen vom wirtschaftlichen und nicht vom politischen Standpunkte aus. Er sei der Ansicht, dass ein Übereinkommen sei, das auf das Ergebnis der wirtschaftlichen Möglichkeiten gegründet sei, vorteilhafter wäre für die Handelsinteressen der Welt und ergiebiger für die Reparationszahlungen, als aufeinander folgende Ultimata, die sich später als unzureichbar erwiesen. (W. T. B.)

Frankreich rechnet auf die deutschen Zahlungen.

(Paris, 27. Jan.) Die Kammer nahm auf Antrag des Finanzministers De Lasteyrie ein weiteres provisorisches Budget am 1. Februar für den Monat Februar für das Budget an, dessen künftige Zahlung Deutschland auffällt. Damit ist bis auf weiteres die Erörterung dieses Themas vertagt worden. (W. T. B.)

Deutschland bleibt unter Kontrolle.

(Eigner Bericht der „Dresden Nachrichten“) Basel, 27. Jan. „Corriere della Sera“ meldet aus Paris: Der Reichsrat nahm am Dienstag den persönlichen Bericht des Generals Nollet zur Frage der Aushebung bzw. Einschränkung der alliierten Kontrollinstitute in Deutschland zur Kenntnis. Der Reichsrat erachtet nach den Ausführungen des General Nollet eine Einschränkung der militärischen Kontrollinstanzen für jetzt noch nicht als durchführbar. Die Fordner der Kommission in Deutschland wurde zunächst bis 30. September d. J. ausgeschlossen.

Englischer Kabinetsrat über den Schuhvertrag.

(London, 27. Jan.) Lloyd George führte in einer heute vormittag abgehaltenen Kabinetsitzung, in der, wie verlautet, der bisherige Verlust der Erörterungen über den geplanten englisch-französischen Pakt beprochen wurde, den Wortlaut. Heute nachmittag fand ebenfalls unter Lloyd Georges Vorsitz eine Sitzung des Finanzausschusses statt, um über den Antrag Österreichs bezüglich der Gewährung einer Karte von 2½ Milliarden Pfund Sterling zu beraten. (W. T. B.)

Schiffser zum Stande der deutsch-polnischen Verhandlungen.

(Berlin, 27. Jan.) Der deutsche Bevollmächtigte für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, verheute abends mit dem größten Teile der Delegationenmitglieder Überseesleben verlässt, um nach einem kurzen Aufenthalt in Berlin sich zu den Schlußverhandlungen nach Genua zu begeben, verabschiedete sich heute abends von dem deutschen Auschuss für Überseesleben. Reichsminister a. D. Schiffser machte dabei folgende Aussführungen: Wir sind bei den Verhandlungen mit Polen in vieler Beziehung zu einer Verständigung gekommen. Je länger aber die Verhandlungen dauern, um so mehr hat sich gezeigt, dass immer neue Gesichtspunkte auffauchen, deren Ausgleich nicht ohne weiteres möglich war. Wie können den Polen gerechterweise nicht den Vorwurf machen, dass sie unsachlich und illogisch die Verhandlungen geführt haben. Ich fühle mich vielmehr verpflichtet, anzuerkennen, dass sie die Verhandlungen in versöhnlicher Weise und mit dem Wunsche geführt haben, mit uns zu einer Verständigung zu gelangen. Unter den Dingen, über die wir uns geeinigt haben, spielen besonders die Währungsfrage, Eisenbahnen, Post, Kohlen, Sozialversicherung und Grenzverkehr eine große Rolle.

In der Währungsfrage wird sich, wenn nicht alles läuft, eine definitive Verständigung herbeiführen lassen auf der Grundlage, dass in dem polnisch werdenden Überseesleben die Reichsmark im Verlaufe der nächsten 15 Jahre einziges gesetzliches Zahlungsmittel bleibt. Allerdings ist den Polen das Recht zugestanden, dass die deutsche Währung mit einjähriger Frist gefunden und aufgelöst werden kann. Für diesen Fall sind aber Sicherheiten geschaffen, dass alle Polenburger aus Forderungen, die vor dem Währungswchsel entstanden sind, in deutscher Währung oder unter gewisser Voraussetzung in polnischer Währung, aber ohne Zugrundelegung des jeweiligen Tagesfurses für die Mark befriedigt werden sollen.

Andere schwierige Fragen bewegen sich in der Hauptfrage auf dem Gebiete der Kläridation, des Nationalitätsprinzips und des Optionsrechtes. Aber auch hier ist über eine Annäherung verhandelt worden, wenn es auch zweifelhaft erscheine, ob wir vor den Verhandlungen in Genua zu einer Einigung kommen können. Wir sind entschlossen, im Geiste der Verbündung und des Friedens weiterzuarbeiten und große Schwierigkeiten zwischen uns und dem Nachbar zu vermeiden.

Aber die Grenzen unseres Nachgebens liegen in den materiellen und ideellen Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes. Über die wir nicht hinwegkommen können, und es ist meine Pflicht, in keinem Falle diese äußeren Grenzen zu überschreiten und es wieder auf den Schiedsgericht ankommen zu lassen.

Der weitere Verlauf der deutsch-polnischen Verhandlungen wird sich so abspielen, dass zunächst die Arbeiten der Unterkommissionen zum Abblauf erachtet werden, die mit ihren Arbeiten noch rückständig sind, um dann die Zusammenstellung und Zusammensetzung des ganzen Stoffes auf der Grundlage des Ergebnisses der einzelnen Kommissionen zu bewerkstelligen. Für diese Aufgabe ist deutscherseits Geheimrat Schlegelberg und auf polnischer Seite Herr Bölling in Aussicht genommen. Auch die Uebertragung in das Französische bleibt dann noch übrig. In Genua wird dann außerdem die Arbeit der 11. Kommission gefordert werden müssen, die sich mit dem Minoritätsenschutz beschäftigt und unter dem Vorsitz von Exzellenz Lewald steht. Da hier an lösenden Fragen berühren die Interessen des deutschen Volkes am empfindlichsten und greifen vielfach in verwaltungstechnische und organisatorische Fragen ein. (W. T. B.)

Der unwegsame Pfad nach Genua.

(Das Wort Lloyd George von der Notwendigkeit internationalen Vertrains, auf das sich jeder Verlehr zwischen Regierungen und Volkswirtschaften der einzelnen Staaten glauben müsse, ist vom Reichsrat in seiner letzten Rede aufgenommen worden, und zwar nicht nur als bloßes Wort, sondern als ein großes politisches Ereignis". Das war gewiss keine neue Offenbarung; denn die Vision der Völkervereinigung, der Verständigung und dem guten Willen haben wir von Dr. Wirth oft gehört und haben bald noch öfter erlebt, wie er diese Verständigung durch willentloses Nachgeben gegen jeden Übergriff der Entente zum Schaden unseres nationalen Interesses praktisch betrachtet. Das Neue liegt darin, dass der Kanzler diesmal in seinen Ideen auf Lloyd George zurückgreifen und zeigen zu können glaubte, wie er nicht mehr allein dem Chor unserer bewegungsfreudigen und fanstionslöhneren Freigener als Verkünder der Verständigungsidee gegenübersteht, dass er den großen Plan Lloyd Georges zum Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas und damit der wirtschaftlichen Verständigung als mit seiner Politik parallel laufend bezeichnet kann. So stellte sich die Lage in Cannes dar, und sie bot zweifellos recht begründete Ausdruck, dass auch in der Entente die Bernunft mehr als vorher Einfluss auf die Politik nehmen würde. Seit Cannes aber hat sich manches geändert. Und wenn auch Lloyd George seinen Ausdruck von der Notwendigkeit des internationalen Vertrains nach Cannes getan hat, so kann man doch nicht übersehen, dass er in derselben Rede auch die Erkenntnis der englischen Eits von der Aussichtlosigkeit eines deutschen Kreditgeschäfts beim Fortbestand der unmöglichen Reparationslasten einfach übergeht und Poincaré gegenüber sowohl Zahlungswahl wie Zahlungsmöglichkeit seitens Deutschlands anerkennt. Dass also alle derartigen Neuerungen, die und so schön klingen, für den isolierten Diplomaten nur Mittel zum Zweck sind, und er sich ihrer nur so lange bedient, wie für England daraus ein Vorteil entsteht. Dr. Wirth aber erhebt sie zum politischen Vorsprung. Er sieht auch jetzt noch, obwohl Poincaré ans Ende gekommen ist und in den englisch-französischen Auseinandersetzungen die Frage der Wirtschaftsvereinigung fast vollständig in den Hintergrund getreten ist, alle Karten auf Genua. Er ist bei Cannes stehen geblieben, sieht die Lage noch genau so wie damals, bat auch heute noch in seiner Weise seinen Optimismus gedämpft und hofft auf einen dauernden Frieden aus dem Wege der Verständigung und der Bernunft. Aber der hohe Preis, mit dem wir zur Weltwirtschaftskonferenz rüsten, kann nicht darüber hinwegheben, dass die in Genua noch breite und bekannte Strafe nach Genua sich in einen engen und fiktiven Pfad umgewandelt hat, der mehr und mehr von wüstigen Felswänden verummt wird.

Das Haupthindernis bildet hier, wie in allen Fragen einer vernünftigen Regelung der internationalen Beziehungen, das Frankreich poincaristischer Gesichtssichtung. Das bleibt auch der Fall, wenn nach Poincaré gewandelter Teilnahme - Erklärung die hauptsächlichen alarmierenden Nachrichten aus Washington kommen. Amerika - soviel steht heute bereits fest - wird nicht nach Genua gehen, einmal, wie Harding es begründet, weil er erst das Pazifik- und Atlantik-Abkommen unter Tag und nach haben will, in der Hauptstadt aber, weil er in der militärischen und imperialistischen Richtung des neuen französischen Regimes ein unüberwindliches Hindernis sieht. Amerika hat eine unverkennbare tiefe Missgunst gegen Frankreich, was gezeigt, weil es durch seine unvernünftige Gewaltspolitik den Wiederaufbau der Weltwirtschaft verhindert und infolge seiner mählichen Rüstungsausgaben die Schulden an Amerika nicht zahlen kann. Mit Recht hat fürstlich erst wieder der Senator Borah mit seinem Hinweis auf allgemeinen Beifall gefunden, dass Frankreich keine Arme von 850 000 Mann oder gar einer Million braucht, um sich gegen das Hunderttausend-Mann-Heer Deutschlands zu schützen. Harding würde zweifellos mit einer Annahme der Einladung nach Genua, bevor Frankreich an die Verminderung der Rüstungen denkt, im Senat eine so wichtige Zustimmung finden, dass auch die Ratifizierung des Pazifik-Abkommens gesährdet würde. Ohne Amerika aber und damit ohne eine Regelung der internationalen Schulden an die Vereinigten Staaten würde auch in Genua nur Stückwerk geleistet werden können. Jedenfalls erzielbares Resultat wäre vollends ausgeschlossen, wenn Frankreich auf seiner Forderung beharrt, dass die Reparationsfrage in Genua nicht angeschnitten würde. Der französische Sozialist Blum hatte darum ganz recht, als er in der Kammer Poincaré vorholt, dass damit die ganze Konferenz überhaupt keinen Zweck habe. Ähnlich sieht es, wenn Frankreich Nahost gegenüber seine Garantieforderungen überspannt. Kein Wunder, dass unter diesen Umständen bereits von einer Verschiebung der Konferenz gesprochen wird, die voraussichtlich, da Frankreich seine Politik nicht vor heute auf morgen ändern kann, eine Verschiebung ad calendas graticas bedeuten würde.

Sieht man nach den Gründen, die Frankreich zu seiner unvernünftigen Stellungnahme Genua gegenüber veranlassen, so kann man keinesfalls an der rechtmäßigen Tatsache vorübergehen, dass Frankreich bereits seit einiger Zeit in direkten Verhandlungen mit Sowjetrussland steht, was bisher sowohl in Deutschland, als auch in England noch viel zu wenig beachtet worden zu sein scheint. Diese Verhandlungen geben über Warschau, wo

amerit mit großem Erstaunen bemerkte wurde, daß der französische General in Warschau mit dem polnischen Generalen in Moskau während dessen Anwesenheit in der polnischen Hauptstadt mehrere Beisprechungen hatte, die später dann hielten, daß französische Kuriere nach Moskau gingen. Die Verhandlungen verzeichneten sich so weit, daß Polen bereits seine Vermittelung in diesen Verhandlungen zugestand und als russischen Unterhändler den ehemaligen menschenfeindlichen Arbeitsmannen Stoebeis bekannt. Das Ziel dieser Verhandlungen ist natürlich noch unbekannt. Ausstellbar beweisen sie sich zumindest auf dem Wege wirtschaftlicher Annäherungen, woran auch die französische Wiederaufbau-Politik beteiligt war, da bei einem wirtschaftlichen Wiederaufbau Polens in vorbereitenden Weise bestellt werden müßte. Darüber hinaus hielten die französischen Freunde über auch anfänglich auf ein politisches Abkommen hin, außer daß der französische General in Warschau bereits nach der ersten politischen Bedeutung dieser Verhandlungen ausgeprochen haben soll. Was mit einem derartigen politischen Abkommen bezweckt wird, ist auszuhören zu erzielen. Als Genua droht für Frankreich ein sogenanntes wirtschaftliches Abkommen mit England, auf Grund dessen das vielleicht der bestehende in Europa kommenden deutschen Tätigkeiten im Österreich eine deutlich-russische Annäherung vollziehen könnte. Das soll Frankreich verbünden, um irgend eine Erweiterung Deutschlands zu verhindern und seine Verbündeten gegenwärtig ohne Sicherung weiterzutreiben zu können. Der Rina der deutsch-russischen Zügel kann das Reich wieder mit einsetzen schließen.

Die schwere Politik der Tschechoslowakei will sich mit diesen Verhandlungen einen Rückhalt schaffen, damit sie in Genua einerseits nicht lediglich als Objekt des kapitalistischen Wirtschaftspolitik dasteht, andererseits aber auch im Falle des Scheiterns der Konferenz wenigstens in höchstem Maße Aufbaugruppe erhalten. Demelben Zweck dienen ausdrückend auch die Verhandlungen, die dieser Tage in Berlin eingeleitet wurden sind und die der deutsche Politik eine Basis in die Hand geben können, um der oben angedeuteten französischen Annäherungspolitik gegen Deutschland entgegenzutreten und so mehr, als natürlich eine französisch-polnisch-russische Einigung in die tschechoslowakischen Gegenseitigkeiten verschafft werden kann. Die in Berlin eingeroffene russische Delegation soll mit großen Vollmachten ausgestattet sein, um auf Grund eines erweiterten deutsch-russischen Handelsvertrages einen eugen deutlich russischen Handels- und Wirtschaftsverkehr in die Wege zu leiten. Sie soll auch weitgehend Garantien rechtlicher und finanzieller Art annehmen haben, die im allgemeinen die Verhandlungen erleichtern, die auch die Konferenz von Genua am Rande haben will. Die Aushandlung dieser Verhandlungen liegt auf dem Hund, wenn auch Ruhland bei jedem wirtschaftlichen Zusammenarbeiten infolge seiner inneren Lage das große Vertrauen hat und das Risiko eines irgendwie unerwarteten Handelsvertrags trotz aller Garantieausführungen nicht zu meghen ist. Das wäre auch der Fall, wenn die Aushandlungen in Genua statt in Berlin getroffen würden; denn aus Genua dürfte die Frage offen bleiben, ob die Sowjetrepublik willend und in der Lage ist, die Garantien auch nüchtern durchzuführen.

Schlußverhandlungen bleibt jetzt und der Zeit von Genua der merkwürdige, weil er nicht aus den Wiederaufbau-Ruhland zum Ziel hat, sondern die gesuchte Frage der wirtschaftlichen Beziehungen aller europäischen Länder und vor allen Dingen des Vorspannstaates oder wirtschaftlichen Abtes, die Reparationspolitik, regeln soll. Bei den zunehmenden Hindernissen aber, die sowohl nicht mehr und nicht auf diesem Wege auftreten, und seine Mühsalkeiten hat anstrengt erscheinen lassen, empfiehlt es nun unbedingt für uns, nicht alle Positionen lediglich auf Genua einzustellen, was uns nur neue Gefahren bringen kann. Die endgültige Lösung der Krise ist so überzeugt in dieser Konferenz kommt oder nicht, wird in den einfach französischen Verhandlungen der nächsten Wochen erledigt, und wir können nur wieder einmal abwarten, was die beiden Beteiligten beschließen werden. Wir müssen auch dann Genua nicht mehr schaute, wenn wir den englischen Poincaré erklären, daß wir nicht mit dem Land im "Gewante" hingehen werden. Ammerlich ist müssen wir die neuen deutsch-russischen Verhandlungen sehr hart in Auge behalten, zum mindesten eine mit Ruhland zusammen zu gestalten, wenn der deutsche Reichsminister wieder einmal eine große Erfüllung wird.

Das neue österreichische Kabinett.

Bien, 27. Jan. Nach dem Wahlvorsitz des Hauptrichters reiste der neue Kabinett wie folgt zusammen: Bundeskanzler Dr. Leopold Strober, der übrigen keine Veränderung hat, ist der Kriegsminister promoviert, die Vertretung des Ministeriums des Außenamts übernimmt. (23. Februar)

Bien, 27. Jan. Der Nationalrat hat mit 89 gegen 72 Stimmen die alte Regierung Strober in der letzten gewählten Sitzung abgesetzt und wieder gewählt. Mit dem Christian Sozialen Kabinett und die Vertreter der Deutschen Partei für die neue Regierung. Taggen bestimmten die Sozialdemokraten und die Großdeutschen.

Genehmigung des Preger-Urkommens.

Bien, 27. Jan. Der Kabinett hat sich nach Abstimmung eines sozialen Abschaffungsvertrages mit 21 gegen 1 Zusammensetzung wie folgt zusammen: Reichsminister für Arbeit und Arbeitsschule, der Rechtsritter Dr. Christian Strober, der Christliche Sozialen eine Entschließung angenommen, wonach der Nationalrat als Vertreter der Volksvertretung der sozialen Arbeit, gegen die Abstimmung des Nationalrats seinen Vertrag zu erneuern, seinen Vertrag auf der Sozialversicherung nicht belassen. Der Sozialdemokrat Hartmann, der frühere Sozialisten in Berlin, erklärte als überzeugter Sozialist, daß angefahrt der sozialen Sicherheit, die in dem Vertrag geschaffen waren, weder ein neuerliches Verbot, noch eine Erichserung des Abschlusses zu befürchten seien. (23. Februar)

Kärmzenen im Prager Abgeordnetenhaus.

Bien, 27. Jan. Im Abgeordnetenhaus fanden diese Kärmzenen statt. Den Anfang gab die Konstitution einer im kommunistischen Organ abgebrühten Rede eines kommunistischen Abgeordneten, wonin dieser die Solidaten zur Gewaltmauerwerfung aufforderte. Die Kommunisten begannen 1½ Stunden lang ein Solidatentreffen, so daß die Redner nicht verstanden wurden. Schließlich sagten die Kommunisten die Internationale und verließen den Saal. Die deutschen Sozialdemokraten schlossen sich dem Prozeß an und sagten das Solidatentreffen fort. Es gab einen leichten Wortwechsel zwischen Deutschen und Tschechen, der sich leichter, als ein klarer Beruf bewertet wurde, nachdem gegen den Präsidenten eine Stinkbombe geworfen worden war. Die Situation griff in eine Schlägerei zwischen Deutschen und Tschechen aus. Dies wurde aber durch das Einsetzen zweier Deutscher verhindert. Die Szene wurde auf eine halbe Stunde unterbrochen, um festzustellen, wer die Stinkbombe geworfen habe. (23. Februar)

Die Beilegung des Papstes.

Rom, 27. Jan. Die heilige Halle des Pantheons Benedictus XV. ist wieder nachmittag in der Gruft des Pantheons beigesetzt worden. Die Käufe war bei der Überführung von Offizieren der Nobelpartei umgehen. Unmittelbar dahinter folgte Kardinal Merco del Bal als Kapelle der Basilika. Dann schlossen sich die Prälaten, die päpstlichen Bürdenträger und der Kommandant der Nobelpartei an. Der Sarg wurde in die Krypta hinabgelassen. Der Kapelle und die Domherren liegen zur letzten Absolution hinunter. (23. Februar)

Die Parteien zur Regierungserklärung.

(Ergebnis der Parteien zur Regierungserklärung.)

Berlin, 27. Jan. Am Regierungsbüro Reichskanzler Dr. Wirth und die Reichsminister. Präsident Voelke gehörte des Abends der Frau Sieg. Ihnen allen, sagt er, ist die schwerliche Runde zu Ohren gekommen, daß Frau Sieg, die gelangt an der Seite ihrer Arbeit in eine schwere Schwäche fiel, heute auf ihr Todeslager getragen worden ist. Ein Leben voll unermüdlicher, rastloser, geruhsamer Arbeit ist damit erloschen. Frau Sieg war eine der ersten deutschen Frauen, die für die volle Gleichberechtigung ihres Geschlechtes gekämpft hat. Die Parteidame verehrte in ihr eine glühende Kämpferin für ihre Sache. Wer ihr aber persönlich nähertrauen darf, weiß, daß hinter dem Garnitur der Kämpferin, und darum für die Welt draußen verborgen, ein mütterlich warmes Herz schlägt, das ihr durch Harten und Festigkeit nie zerstört werden konnte.

Die Ausprache über die gestrige Erklärung der Reichsregierung wird alsdann fortgesetzt. Frau Müller-Kauten (Soz.): Der Reichskanzler hat sich neuerlich an dem Grundsatz der Volksvertretung überhaupt zu den Grundlagen des Christentums bekannt. Trotzdem hat Graf Schreyer noch nicht erklärt, er habe nur allgemeine Nedensarten gesagt. Damit hat Graf Schreyer in einem Anfall inbegriker Wahrheitssprüche ausgetragen, daß ihm jede wahrsch. kritische Grundlage fremd sind.

Wie unter dem Druck der feindlichen Bonnette und um schämmeres zu verhüten, haben wir der Politik der verschiedenen Erfüllungen angekündigt. Daß der Versuch mitbringen ist, ist nicht Schuld der deutschen Regierung, sondern Schuld der französischen Kapitalistenschaft. (Sehr wahr!) Frau George hat am Sonnabend noch erklärt, Deutschland sollte verzögern und Deutschland kann beobachten! Das soll heißen, sowohl es dazu in der Lage ist. Unsere seit Mai letzten Jahres betriebene Politik hat nach Gennet geführt. Gennet war ein Strolch. (Klatsch rechts: Ahn.)

Unsere Politik ist durchaus nicht eine rein sozialistische.

Se wird uns ausschließlich vorwurfen.
Bei einer Reichsregierungsaufstellung hätte der Appell an das Volk unter der Parole einer gerechteren Steuerverteilung sicherlich ein anderes Steuerkompromiß gezeitigt. Vor Gennet war das aber nicht möglich. (Widerfuhr des Abg. Grispien.) Ich zweifle daran, ob die Unabhängigen sich so sehr noch einer Ablösung gedrängt hätten. (Zurück bei der Abg. Grispien) Erklären Sie sich bei der französischen Politik! Sie haben den Menschen doch früher auch schon reuevangelisch. (Abg. Grispien: Das ist eine bodenlose Unverschämtheit und Verlogenheit!) Der Abgeordnete Egon hat doch in der Nationalversammlung aus französischen Dokumenten gelernt. (Abg. Grispien: Das ist eine deutchnationale Rüstung! Sie reiht recht!) Wir müssen gerade nach dem längsten Tag neuwechseln in Frankreich alles vermeiden, was von neuem Wasser auf die Mühlen französischer Gewaltpolitiker treiben könnte. Bei einem deutschen Angriff würde England ebenfalls auf Frankreichs Seite stehen. Lieberdes würde sich aber die deutsche Arbeiterschaft nicht in einem solchen Krieg führen lassen. Ein Bürgerkrieg würde bei solchem Verlust die Kasse sein. In der Krise der Arbeiterklasse ist es heute noch sieben bis acht Jahren noch ausserordentlich schwierig, einen solchen Prozeß zu führen, aber frende Richter würden bestimmt die Rache nicht dulden. (Sehr richtig!) Mit dem Geldzinsen machen die Belüsse von der alleinigen Schulden Deutschlands sind wir durchaus einverstanden.

Hört hört rechts! Wir haben niemals die Meinung Deutschlands beobachtet. Auf Gennet steht die notleidende Bevölkerung große Hoffnungen.

Abg. Marx (SPD): Es mehrten sich die Volkskreise, die meinten, daß die vorherigen durchdrückte Politik Dr. Wirths nicht stimmt, wenn das Wohl des Vaterlandes gewahrsamt werden soll. Seine Politik hat manche Erfolge gezeigt. (21) Eine Erwähnung in der Steuerfrage war notwendig, sowohl die Beschäftigten wie auch die breiten Schichten des Volkes werden schwere Opfer zu bringen haben, um die notwendigen 100 Milliarden Mark an Steuern aufzubringen. Am nächsten Sonntag treffen die Vertreter der Landwirtschaft zusammen, um zu erwidern, wie sie auch ihrerseits einen Teil der Last, die auf dem deutschen Volke ruht, auf ihre Schultern nehmen können. Man spricht von 20 Milliarden. Wir müssen befreie sein, unser Volk aus dem Tempel zu erreichen.

Abg. Dr. Breitcheid (Unabh.): Ich verstehe, daß seine Partei eine Politik im Interesse der französischen Regierung treibt. Es ist gut, daß sich der Reichskanzler nicht, wie Graf Schreyer wollte, von dieser Tribüne aus auf eine Auslandserklärung mit Poincaré über die Schulden am Kriege eingelassen hat. Das würde uns nicht weiterbringen.

Wir wollen keine Opfer des Reiches, sondern eine Zwangslösung, eine Pflichterfüllung des Reiches, der besser nicht das Notwendige geleistet hat. Redner erklärt, seine Partei könne dem Steuerkompromiß nicht stimmen, und schlägt eine Resolution vor, in der es heißt, die Zwangslösung sei nicht das angemeldigte "sichere Opfer" des Reiches und entspreche nicht den Forderungen der Arbeiterschaft, denn sie führe keine Weise die Erfüllung der Steuerabgaben, ebenso wenig die Ordnung der Kontributionen.

Heute feiert die Sozialdemokratie die Verlobung mit der Deutschen Volkspartei. Die Heirat kommt später. Vorher aber machen sie schon die Hochzeitssuite nach Gennet. (Hinterhältig!) Wenn Ihnen die Braut auch nicht gefällt, so brinnt sie Ihnen doch eine gewisse Macht mit, für die Ihnen jederzeit die Rednung präsentiert werden wird. Ein leichtes Blaudrin bringt die schwersten Gefahren für das deutsche Volk. Mit Sinnen und Seele kann man die Republik nicht stützen.

Abg. Bauer-Helsen (D. P.): Ich stelle fest, daß er von seiner bisherigen Kritik an der Regierung nichts zurückzunehmen habe. Bei unserer Mitarbeit an den Steuervorlagen werden wir uns trotz unserer Beteiligung an dem Kompromiß in keiner Weise beeinflussen lassen durch irgendwelche Rücksichten auf die Politik des Kabinetts Wirth. Nur so ist unsere Beteiligung an dem Steuerkompromiß zu verstehen. Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei. Bei aller Anerkennung der Münsterseite des einen Mannes, der hier sehr gelobt wird, müssen wir doch auch anderer Männer achten, die an dem Erfolg von Gennet & mitgearbeitet haben.

Nicht weniger als 2 Milliarden Goldmark muß England jährlich für seine Arbeitslosen ausgeben. Solche Lasten werden mehr wirken als Ihre Reden, die hier gehalten werden. Wir danken dem Reichskanzler, daß er so warm für die sozialen Kriterien der Reichsregierung eingetreten ist. (Beifall!) Wir haben über die Auslandserklärung aller Staaten von Poincaré und darüber in Zeiten vermischt, namentlich der Rude Brüder, die aus Münster berücksichtigt wurde. Vor allem sehr die Münster, daß die

Befreiungskriegen noch nicht begonnen hätten zu laufen.

Im schärfsten Widerstreit zu dem Friedensvertrag. Daraus mußte von deutscher amtlicher Seite mit allen Nachdruck gewiesen werden. (Applaus und Reaktionen) Schon die Regierung andere Rücksichten bedenkt einen Bruch des Friedens. Es würde nichts schaden, wenn die Regierung ein wenig mehr Kriegsschulpropagandatriebe, namentlich gegen Herrn Poincaré, aber besten Täglichkeit bei Kriegsausbruch wir in leichter Zeit gehabt haben.

das Kompromiß.

Man greift uns hauptsächlich wegen der Zwangslösung an.

Wir konnten nur von zwei Nebeln des kleinere wählen.

Die Aktion der Landwirtschaft zur Gedung des Produktions bedarf allein eines Kapitals von etwa 100 Millionen Mark. Wenn so liegt es bei der Wirtschaft und der Kleinstindustrie. Wenige Mark sind heute kaum noch eine halbe Mark, also 20 Prozent Dividende gerade noch 14 Prozent; aber eine Zwangslösung ist auch nur eine Anleihe, die leichter verleiht wird, als eine freiwillige Anleihe, denn sie zieht sich nach der Höhe des Vermögens.

Wo sich ich das Spieler kennt, aber es gibt keinen anderen Weg, wenn wir die Landwirtschaft der Kostenpreise abholen wollen.

Beim Ausführungsabschluß müssen wir darauf achten, daß dem kleinen Mann und dem Mittelstand nicht wieder auch diese Zwangslösung aufgebürdet wird. Man kann über die Schwere der Last streiten, aber man darf nicht übertreiben. Um die Reparationen handelt es sich hier nicht. Wir selbst haben immer gehört, daß diese Kosten unerträglich sind, aber daß wir bei uns selbst Ordnung schaffen könnten, das mühten wir dem Auslande beweisen, und darum haben wir augementum.

Wir haben aber unsere Zustimmung an die Bedingung geplätszt, daß uns persönliche und soziale Gewähr für die richtige Verwendung der Reichsfinanzen und für eine Gelindung der Reichswirtschaft, insbesondere der Betriebsverhandlungen, gegeben werde. Ich habe von meiner Freiheit den ausdrücklichen Antrag, nochmals mit aller Stärke zu erklären, daß wir diese Bedingung unserer Zustimmung zum Kompromiß für so wesentlich halten, daß wir bei der Verabschiedung der Sicherheitsgelege, sowie des Gesetzes über die Zwangslösung nur dann für diese Verabschiedung eintreten werden, wenn und bis dahin ausreichende Gewähr für die Schallung geeigneter Sicherheiten gegeben wird. (Zwei Zustimmung bei der D. P.)

Abg. Dr. Petersen (Dem.): Wir sind bereit, die Regelung in ihrer schwierigen Lage zu unterstützen und bei der Durchführung des Kompromisses mitzuwirken. Besondere Garantien verlangen wir nicht, sondern wir belieben nur der Willkür, die uns die Verfassung an die Hand gibt. Durch die Politik der Verkürzung des Reiches wird die Wehrkraft nur vergrößert, vor der Frankreich Sicherheit haben will, werden die Provinzen in unserem Lande gestärkt, die die letzte Lösung des Problems mit Gewalt beenden. Wenn Dr. Breitcheid so tut, als sei durch das Kompromiß dem Reich gar keine Wehr auferlegt, so ist das ungeheuerlich.

Wir direkten Steuern allein kann man die Reparationen nicht aufbringen.

Auch wir legen uns besondere Nachdruck auf die Gelindung der Reichswirtschaft. Wir erwarten von der Regierung, daß sie rücksichtlich Stöck gegen die Beamten, die zum Streik befehlen, vorgeht. (Abg. Grispien (Unabh.): Unerhörlich!) Wie wollen keine Diktatur des Proletariats, sondern wir wollen die Diktatur des ganzen Volkes.

Abg. Reich (D. P.): Wenn nicht in letzter Stunde die Böller und Regierungen zu gemeinsamer Arbeit zusammengetreten, dann ist eine europäische Katastrophe unabwendbar. Nicht auf der Welt wäre imstande, die wirtschaftliche Katastrophe aufzuhalten. (Sehr richtig!) Unsere Böller, besonders die Franzosen, würden für ihren Wiederaufbau viel größere Bemühungen erhalten, wenn der Krieg und die Kürte nicht wären. Man darf aber auch nicht vergessen, was von Deutschland im Laufe des verlorenen Krieges und der Revolution zu leisten war, daß und ferner große Gewinne genommen worden sind. Wederfalls darf man von Deutschland nichts über seine Leistungsfähigkeit hinaus verlangen.

Abg. Dr. Peltz (R. A. G.) und Rothen (Comm.): Beim Kampf unter Aggressoren insbesondere auf die Wehrkraft und die Wirtschaftsvermögen, daß den Besitz schone und das Proletariat bedrückt.

Abg. Oertel (D. P.): Wenn nicht in letzter Stunde die Böller und Regierungen zu gemeinsamer Arbeit zusammengetreten, dann ist eine europäische Katastrophe unabwendbar. Nicht auf der Welt wäre imstande, die wirtschaftliche Katastrophe aufzuhalten. (Sehr richtig!) Unsere Böller, besonders die Franzosen, würden für ihren Wiederaufbau viel größere Bemühungen erhalten, wenn der Krieg und die Kürte nicht wären. Man darf aber auch nicht vergessen, was von Deutschland im Laufe des verlorenen Krieges und der Revolution zu leisten war, daß und ferner große Gewinne genommen worden sind. Wederfalls darf man von Deutschland nichts über seine Leistungsfähigkeit hinaus verlangen.

Abg. Oertel (D. P.): Wenn nicht in letzter Stunde die Böller und Regierungen zu gemeinsamer Arbeit zusammengetreten, dann ist eine europäische Katastrophe unabwendbar. Nicht auf der Welt wäre imstande, die wirtschaftliche Katastrophe aufzuhalten. (Sehr richtig!) Unsere Böller, besonders die Franzosen, würden für ihren Wiederaufbau viel größere Bemühungen erhalten, wenn der Krieg und die Kürte nicht wären. Man darf aber auch nicht vergessen, was von Deutschland im Laufe des verlorenen Krieges und der Revolution zu leisten war, daß und ferner große Gewinne genommen worden sind. Wederfalls darf man von Deutschland nichts über seine Leistungsfähigkeit hinaus verlangen.

Abg. Oertel (D. P.): Ich stelle fest, daß er von seiner bisherigen Kritik an der Regierung nichts zurückzunehmen habe. Bei unserer Mitarbeit an den Steuervorlagen werden wir uns trotz unserer Beteiligung an dem Kompromiß in keiner Weise beeinflussen lassen durch irgendwelche Rücksichten auf die Politik des Kabinetts Wirth. Nur so ist unsere Beteiligung an dem Steuerkompromiß zu verstehen. Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei. Bei aller Anerkennung der Münsterseite des einen Mannes, der hier sehr gelobt wird, müssen wir doch auch anderer Männer achten, die an dem Erfolg von Gennet & mitgearbeitet haben.

Nicht weniger als 2 Milliarden Goldmark muß England jährlich für seine Arbeitslosen ausgeben. Solche Lasten werden mehr wirken als Ihre Reden, die hier gehalten werden. Wir danken dem Reichskanzler, daß er so warm für die sozialen Kriterien der Reichsregierung eingetreten ist. (Beifall!) Wir haben über die Auslandserklärung aller Staaten von Poincaré und darüber in Zeiten vermischt, namentlich der Rude Brüder, die aus Münster berücksichtigt wurde. Vor allem sehr die Münster, daß die

Reichsregierung hierzu zu bringen, bedarf es offensichtlich des Drucks des durch die Politik der Erfüllung herbeigeführten Zusammenbruchs der deutschen Polizia, des kolonialen Anschlags der Teuerung und des völkerlichen Vertrags aller Wege, die und weiterhin durch das Münster Ultimatum auferlegten Lasten mit legenden Mitten zu erfüllen. Aber auch jetzt hat sich die Reichsregierung, wie wir mit Bedauern feststellen müssen, noch nicht dazu durchzuringen, aus der Erkenntnis der Unmöglichkeit der Erfüllung die Folgerungen zu ziehen. Sie macht vielmehr auch heute noch den verhängnisvollen Versuch, das Unmögliche möglich zu machen.

Einen solchen Versuch erblicken wir in der Absicht, den Weg der Zwangslösung für die Reparationsbelastungen zu betreten, ohne daß gleichzeitig eine für Deutschland tragbare Entlösung des Reparationsproblems erzielt wird. Auch wir sind bereit, für eine solche Entlösung weitreichende Opfer zu bringen. In der in dem Komromiß erzielten Zustimmung genommenen Zwangslösung erblicken wir jedoch die schwerwiegende Gefahr des Beginnes einer Zwangslösungskette gegen das nationale Produktionsvermögen und Privatvermögen des deutschen Volkes. Die Erklärungen des Reichskanzlers erscheinen nicht geeignet, uns über die Haltung zu beruhigen, die die Reichsregierung in den Kontributionsfrage gegenüber den Entlastungspolitikern einnimmt und weiter einnehmen wird. Die Weigerung des Herrn Reichskanzlers, der von dem französischen Ministerpräsidenten

Sächsische Landwirtschaftliche Woche.

Hauptversammlung des Sächsischen Landbundes.

Im Antritt an die große Versammlung der Deutschen Landwirtschaft, über die wir im Vorabend-Blatt bereits berichtet haben, stand im Saal des Saratani die Hauptversammlung des Sächsischen Landbundes statt, die der neue Vorsitzende, Landtagsabgeordneter Mittelständischer Pagenstecher, mit Begrüßungsworten eröffnete. Er sprach seine Freude darüber aus, daß Sachsen der Ausgangspunkt für das große Interesse der Deutschen Landwirtschaft sei. Der Sächsische Landbund würde seinerseits das Werk dazu beitragen. Noch vor Schluß des letzten Jahres sei es gelungen, sämtliche Verbände in Sachsen unter einer Fassade und einem Ziele zu vereinen, dem Reichslandbund, dem der Sächsische Landbund nunmehr als selbständiges fürschaftliches Mitglied angehöre. Mehr als 70 000 sächsische Selbständige Landwirte hätten heute vereinigt hinter dem Bunde. Dazu kamen der Verband junger Landwirte und der Verband landwirtschaftlicher Haushaltsvereine.

Darauf sprachen zwei hervorragende Huber des Reichslandbundes, Guisbeyler Hügler-Spielberg, der Praktiker der Organisation, und Kreibert v. Wangenheim, der Praktiker der landwirtschaftlichen Arbeit und Nestor der deutschen Landwirtschaft.

Guisbeyler Hügler-Spielberg.

ein sehr temperamentvoller Herr, der oft drastische Ausdrücke gebrauchte, die die Verfassung zu stürmischen Delikteausbrüchen veranlassten, begrüßte den Zusammenklang der sächsischen Landwirte und betonte, daß der Landbund überall volle Gleichberechtigung erlämpfen müsse. Die Landwirte hätten leider viele Rechte verloren, die sie im alten Staat besaßen hätten. Sie hätten sie verloren durch ihre eigene Dummheit, Faulheit, ihren Geiz und ihre Blauheit. Die Landwirte wollten gerechte Preise und wollten ihre Volksgenossen nicht übervorteilen; aber sie wollten sich auch nicht übervorteilen lassen. Ammer wieder erinnerte der Redner mit eindringlichen Worten, sich restlos zusammenzuschließen, Disziplin zu üben und das durchzuführen, was die Organisation befiehlt. Wenn die Landwirte einig seien, dann könnten sie vielleicht in einigen Jahren einmal zeigen, wie man Deutschland richtig regiere. Er schloß mit dem alten guten Bauernspruch: Gottes Segen und Bauernhant regieren das ganze Land!

Kreibert v. Wangenheim

verbreitete sich hauptsächlich darüber, wie das große Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft durchzuführen sei. Es gebe keine brennendere Frage als die: Wie ernähren wir das deutsche Volk. Friede, Ruhe und Ordnung im Innern würden erst dann wieder eintreten, wenn das gesamte deutsche Volk auskömmlich ernährt werden könnte. Wir könnten geradezu vor einer verzweifelten Lage, wenn die deutsche Landwirtschaft nicht eingreife. Jedenfalls sei es nötig, die ungeborenen Flächen kultivierenden Landes in Angriff zu nehmen, die noch nicht bebaut seien. Das erfordere aber außerordentlich hohe Mittel. In Preußen lämen hauptsächlich in Frage Gebiete in Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Brandenburg, Schleswig-Holstein, Hannover und Westfalen. Auch in Bayern würden große Kulturen in Betracht kommen. Hier seien also die Gebiete gegeben für die innere Kolonisation. Man werde vielfach Kriegsbedarfsgüter mit Erfolg einführen können. In der Provinz Pommern habe man nur nötig, die Wasserbeherrschung so einzustellen, daß man mit einer neuen Anzahl von Groß und mit künstlicher Düngung die Fläche zum höchsten Ertrag bringe. Diese Kulturen böten den doppelten Vorteil, daß man hochwertiges Heu gewinne und die Kulturen entlaste, die heute für Klee zur Nutzergewinnung benutzt würden. Durch diese Flächen werde man nicht nur für die Ernährung, sondern teilweise auch für die Bekleidung sorgen. Während des Krieges habe man in Pommern bereits den Hanfanbau in erheblichem Umfang angefangen. Damit wurde man der ausländischen Baumwolle Konkurrenz bereiten können. Die Lüneburger Heide enthalte auch viele Telle, die zu hoher Kultur gebracht werden könnten. Es würde hinzukommen ein neuer Bedarf an Gebäuden. Mähdroschen, Erhöhung des Viehbestandes usw. Zur Aufbringung der Mittel verlange man von der Reichsregierung nur ein sogenanntes Ermächtigungsschreiben, das den Ländern ermögliche, den gesamten Grundbesitz zu einer großen Kreditgemeinschaft auf öffentliche Rechtliche Grundlage zusammenzuführen. Dann sei es nicht nötig, die gewährten Kredite auf einzelne Grundstücke einzutragen. Es könnten Pfandbriefe ausgestellt werden mit einer Verzinsung von 5 Prozent und einer Tilgung von 2 bis 2½ Prozent. Das sei die sicherste Anlage, die es in Papieren geben könne. Von Staat und Reich verlange man nur Leistungen in außergewöhnlichen Fällen. Das Reich könne das Hilfswerk unterstützen durch die sogenannte produktive Gewerkschaftsförderung. Der Staat sollte finanziell nur dann eintreten, wenn etwa bei den Befreiungsarbeiten die große Regulierung eines Wasseraufwandes vorgenommen werden müsse, wenn besonders große Straßen- und Bahnbauten nötig seien, oder wenn bei Gedämpfungen die erden Kirchen- und Schulanlagen errichtet werden müssten. Die abströmende Arbeitszeit sei theoretisch

sehr gut, aber der Landwirt habe sich zu richten nach Klima und Lagezeit. Wenn man in einer so verstreuten Voge sei, wie das deutsche Volk, dürfe von Zeit zu keine Reise sein. Die großen Arbeitnehmerverbände könne man nicht ausschließen. Die Gewerkschaften, Dienstwirke, und der Arbeitnehmergruppe des Landbundes. Beide seien eine grohe Freude bereitet, denn es habe mit Besiedelung beschlossen, daß sie genau dasselbe wollten, wie die Landwirte. Neben dem Raiffeisenkredit würde man auch eine große Summe von Personalkredit brauchen, der seiner Meinung nach von den landwirtschaftlichen Genossenschaften gewährt werden könnte. Eine Antragspruchnahme des Aussandes müsse unbedingt abgeschlossen werden, ebenso die Herstellung der großen Banknoten, die auf ganz andere Geldwertsymbole als auf den angestammten Preise. Es müsse sich mehr als es bisher geschehen sei, daran gewöhnen, das Wort "Geld" klein zu schreiben. Man sollte aber nicht nur die Verbraucher mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen versorgen, sondern arbeite auch danach, für die Arbeiter und Fabrikarbeiter industrielle Stoffe auf geradem Wege zu erlangen. Den reichen Kaufmann würde man dabei nicht ins Handwerk stürzen, sondern mit ihm arbeiten. Bedroht sei es für die kommende Ernte, daß das Erntefeststandart bis zum 1. April durch alte Abteilung völlig ausverkauft sei. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um Vorratslieferungen für Winterzeitreise durchzuführen. Das Steuerkompromiß, das die Zwangsauslieferung gezeitigt habe, sei letzten Endes doch ein Eingriff in die Subsistenz. Gesehene dies, so werde weder Landwirtschaft noch Industrie die großen Aufbauprojekte durchführen können. Gegen solche Maßnahmen müßte Prosch erhoben werden. Man müsse verlangen, daß die Steuern vom Ertrag nicht aber vom Kapital genommen würden. Werde das Kartell aller Verbraucher zur Wirklichkeit, so verbürgt uns das, daß Deutschland auch wieder einmal seine Macht nach außen geltend machen könne. Die Entente werde sich dann bestimmen und ihre Forderungen nicht zu weit spannen. Ihre Macht habe eine Grenze an der eigenen wirtschaftlichen Lage ihrer Länder.

Nach den beiden Reden, die lebhafte Zustimmung auslösten, sprachen noch mehrere Vertreter landwirtschaftlicher Organisationen, so von Brandenburg und von Thüringen, die ihr Einverständnis mit dem Hilfswerk austauschten, ferner ein Vertreter des Hochbauausschusses, der dessen Bedeutung für die Landwirtschaft kennzeichnete, und ein Vertreter der Technischen Not hilfe, der einen Einblick in die wichtigen Aufgaben dieser Organisation gab. — 1½ Uhr schloß der Vorstand mit Dankesworten die imponante Versammlung.

Deutschland und Sachsen.

Aus dem Landtag.

In dem Antrug des Abg. Ebert und Genossen, vertragend die Sicherstellung der Kartoffelversorgung,

beantragt der Reichsanschluß, die Regierung zu beantragen, daß der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß 1. durch die staatlichen und kommunalen Behörden der Bedarf an Kartoffeln festgestellt und unter Hinzuziehung der Vertreter der Landarbeiter (Gewerkschaften) und der Gürtler die zur Erzeugung der notwendigen Kartoffelmengen zur Bebauung erforderlichen Landflächen festgestellt und die Landinhaber zum unbedingten Anbau verpflichtet werden;

2. schon jetzt Maßnahmen ergriffen werden, welche a) die Beschaffung geeigneter Saatgutes, sowie die Bevölkerung von Düngemitteln und deren Verteilung vorseen. Die vorhandenen und eventuell zu beschaffenden Saatgutmengen und unter Hinzuziehung der Vertreter der Landarbeiter (Gewerkschaften) und der Gürtler festzustellen, b) in erster Linie die Belieferung der Industriebetriebe und Großhändler führen, c) den Verlauf der Kartoffeln aus der nächsten Ernte an private Händler untersagen, d) die Erzeuger verpflichten, ihre Kartoffeln nur an die staatlichen oder kommunalen Behörden oder deren eventuell zu bestellende Organe abzugeben, denen ausschließlich das Recht der Verteilung an die Verbraucher zusteht. Mit der Verteilung können die Händler sowohl wie Konsumvereine durch die obigen Organe beansprucht werden. Die Erfassung der Kartoffelmengen hat durch die obigen Behörden unter Mitwirkung der Vertreter der Landarbeiter (Gewerkschaften) und der Gürtler zu erfolgen;

3. Höchstpreise für Lieferung und Verteilung festzugeben und

4. die Kartoffelungen für die Nutzungsgebiete nach den genannten Richtlinien übergeteilt werden.

Die demokratische Fraktion beantragt, die Regierung zu erlauben, 1. bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Leipziger Meile als einzige zu ersterer Deutschen Entsprechung entsprechend unterstellt und alles unterlassen wird, was sie in ihrer Teilung als einzige allgemeine Meilemeile irgendwie beeinträchtigen könnte; 2. den mit 1 Million Mark in den Staatsbaudienstplan für 1922 eingesetzten Zufluss für die Leipziger Meile auf 2½ Millionen Mark zu erhöhen.

Neue Eisenbahnerbewegung in Sachsen?

Aus Plauen i. V. wird unter dem 27. d. M. bekannt:

Die hier heute vormittag stattgehabte Versammlung unter den Eisenbahnern hat die für den Streit erforderliche Zweidrittelmehrheit ergeben. Die Mitglieder der Reichsgewerkschaften hatten sich der Abstimmung enthalten, weil sie in die Parole ihrer Gewerkschaften maßgebend in, in der es heißt, daß der Regierung ein fälschliches Ultimatum gestellt wurde. — Hoffentlich wird der Beifall nicht in die Tat umgesetzt, da inzwischen wohl eine Einigung in Berlin erzielt werden wird.

Gefährdung der Produktionslegerung.

Der Landeskurator veröffentlicht folgenden Bericht: Der wichtigste Motor für die Erhöhung der Errate der Landwirtschaft sind die zunehmenden Zinsen am Anfang des Jahres 1921. Die Landwirtschaft ist bereit, dieses Ölkarottel in großen Mengen anzunehmen. Sie hat sich auch daran gewöhnt, die Beiträge zeitig auszuzahlen, um in der Lage zu sein, die Düngestoffe dem Boden rechtzeitig einzuteilen. Beiderseitig zweigt die Eisenbahnerverwaltung in einer Weise, die die Betriebsumstände zur Förderung der Produktion verhindern. Nach Angaben des Reichstagsjournals wurden diesem im September nur 25 Prozent, im Oktober nur 45 Prozent, im November sogar nur 2 bis 3 Prozent der angeforderten und notwendigen Bagen gezielt. Die Beteiligung mit Rütteln überhaupt, auch liegt die Ware zur Abbindung bereit, es fehlen lediglich die Eisenbahnwagen. Wenn hier nicht sofort Abhilfe erfolgt, so muß im kommenden Frühjahr mit einem Verlust von Millionen Tonnen Kartoffeln, Getreide und anderen unentbehrlichen Nahrungsmitteln zu rechnen sein.

— **Todesfälle.** Wie aus den Familiennotizen dieser Nummer zu erssehen ist, verschied am 24. d. M. zu Braunschweig der preußische Oberstleutnant a. D. Hugo v. Oppell. Inhaber des Eisernen Kreuzes von 1870. Der Entlassene, der im 82. Lebensjahr stand, war der Senior des v. Oppellschen Geschlechterverbandes, das viele Vertreter in Sachsen hat. — Am 21. Januar ist im Alter von 80 Jahren Herr Heinrich Emil Meissel gestorben, früher Prätor von Glauchau, wo er lange Jahre in großem Tugend gezeigt hat. — Einem Unglücksfall (Erlittener) ist, wie schon gemeldet, am 23. d. M. in Großschweidnitz (Lauda), der Generalleutnant a. D. William Kohl zum Opfer gefallen. Seine Bestellung erfolgte nächsten Montag mittags 1 Uhr von der Halle des Dörfheimer Friedhofes aus. Generalleutnant Kohl war vom Jahre 1900 bis 1911 Kommandeur des 8. Bataillons des ehemaligen Infanterie-Regiments 108 in Bayreuth. Danach war er längere Zeit als Oberstleutnant beim Stabe des Infanterie-Regiments 102 in Görlitz tätig. Im Jahre 1913 wurde er zum Kommandeur des 7. Infanterie-Regiments 106 in Leipzig ernannt. Mit diesem Regiment ging er auch in den Weltkrieg. Im Frühjahr 1915 zum Generalmajor befördert, führte er kurze Zeit hindurch eine Brigade, mußte aber bald wegen erneuter Erkrankung seinen Amtsheld aus dem aktiven Dienst nehmen. Doch stand er seit dieser Zeit noch Verwendung als Kommandeur der Landwehr-Infanterie Chemnitz, welchen Posten er bis zum Ausbruch der Revolution als Generalleutnant bekleidete. Das zunehmende Bedürfnis veranlaßte ihn, sich nach Großschweidnitz als Pensionär zu begeben, um die Spezialärzte für sein Nervenleiden in der Nähe zu haben.

— **Ein geheimer Kraftomibus fährt morgen, Sonntag, ab Hauptbahnhof 1 Uhr mittags über Freiberg nach Chemnitz.**

— **Aufzähldigkeit der Reichsministerien auf dem Gebiete der Krüppels, Blinde, Taubstummen und Sprachbehindertenfürsorge.** Während die Fürsorge für kriegsbeschädigte Blinde, Krüppel, Taubstumme u. a. m. ausschließlich dem Reichsarbeitsministerium und den ihm unterstellten oder angeschlossenen Stellen obliegt, war bisher die Frage der Ausbildung für die sog. Krüppel, Blinde, Krüppel und Taubstummen nicht vollständig geklärt. Die teilweise übereinstimmende Behandlungsmethode dieser nicht durch den Krieg, sondern durch Geburt, Krankheit oder Unfall entstandenen Leiden mit der Behandlungsmethode gleichartiger Kriegsbeschädigungen hatte dazu geführt, daß ein großer Teil der Fürsorge für diesen Personenkreis schon jetzt beim Reichsarbeitsministerium lag. Durch Vereinbarung des Reichsministeriums des Innern und des Reichsarbeitsministeriums ist nunmehr die Zuständigkeitsfrage dahin entschieden, daß das Reichsarbeitsministerium alle allgemeinen Fragen, sowie alle Maßnahmen der sozialen Fürsorge, insbesondere berufliche Ausbildung, Arbeitsvermittlung und Unterbringung der Krüppel, Blinde, Krüppel, Taubstummen und Sprachbehinderten zu behandeln hat; daß Reichsministerium des Innern in dagegen für alle Schulfragen und gesundheitlichen Angelegenheiten, insbesondere Medizinalpolizei, Gesundheitsfürsorge und Medizinalstatistik, zuständig.

— **Bertheater Lehrerinnen.** Der Prüfungsausschuß des Landtages behandelt am Donnerstag in Gegenwart von Regierungsvertretern über eine Eingabe

Kunst und Wissenschaft.

† Dresden Theater-Spielplan für heute. Opernhaus: Weber-Konzert, "Abu Hassan" (?) ; Schauspielhaus: "Die Journalisten" (?) ; Neustädter Schauspielhaus: "Der Weg in die Christnacht" (?) ; Die spanische Heilige" (?) ; Residenz-Theater: "Die Edingerlinge" (?) ; "Schön" das - Lotti" (?) ; Central-Theater: "Möbel, der Ruhmknacker" (?) ; Die Braut des Euculus" (?) .

† Eine Gedächtnis für Max Beuer. Am 21. Januar, 1½ Uhr, findet im Palmenort ein Gedächtnisfest für den am 18. Oktober v. d. verstorbenen Dichter Max Beuer statt. Die Feier besteht in Ansprache und Gesang; Mitwirkende: Konzertänger Martin Otto und Hofschauspieler a. D. Hugo Waldeck (Musikleitung).

† Beratungen. Dente, Sonnabend, 7½ Uhr, im Frauenstall, Ritter-Areal von Elise Lammann, 7½ Uhr, im kleinen Saal der Dresden Kaufmannschaft. Heinrich Gutherlet und Reinhold Braun aus ihren Lehrlingen; im Vereinshaus letzter Tanzabend von Eddie von Sydow; im Gewerbehaus Konzert der dänischen Koloratursängerin Elisabethine Bagge Petersen aus Copenhagen mit dem Philharmonischen Orchester. Dirigent: Edwin Lindner.

† Sonnenblümchen in der Kreuzkirche, sonnabends 6 Uhr. 1. Abg. Sed. Bach: Passacaglia für Orgel in C-Moll (Petrucci, Band II, 2. Heinrich Schütz: Zwei Motetten für Chor: a) "Kreuz", b) "Gloria patri" aus dem "Anhalt geistlichen Gefangen"; 2. Abg. Bach: Maggio für Klavier und der Klaviersonate Nr. 5, 4. Abg. aus der Klaviersonate Nr. 2, 6. Heinrich Schütz: "Bitte um Errettung von den Feinden", zwei Motetten für Chor aus dem "Concordia sacrae". — Klavierklasse: Der Kreuzchor. Solist: Sommermüller John Manns (Büste). Orgel: Kirchenmusikdirektor Bernhard Schenck. Leitung: Professor Otto Wichter. Texte (v. Pf.) an den Architekten.

Die Sonnenblümchen der Kreuzkirche fallen der Kälte wegen die nächsten Male aus. Ihr Weiterkommen wird rechtzeitig bekannt gegeben werden.

† Schauspielhaus. In Uraufführung: "Gobseck" von Hosenfelder. Dramatisierung einer Novelle von Balzac. Dramatisierung? Vergroßerung ins Kinostatico. Veränderung ins Sensationelle. Der große Held Gobseck wird zum kleinen Harpagon, der ums goldne Kalb tanzt. Was von Balzac kommt, noch in der Verzerrung bedeutend. Von Hosenfelder kommt das üble Schauspiel.

Die Bühne schafft eine Atmosphäre, wie der Bühnen-

den "Dresdner Opern" ohne Albert Aluge vorstellen? Seit 20 langen Jahren hat Aluge megewiss und vorwärtslebend an der Spitze seiner Opernbesetzungen geherrscht und hat sie manchmal glänzenden Sieg im Gelage geführt und sich nicht bloß die christliche Verdichnung, sondern auch die marodernde Liebe seiner Sänger erworben. Und doch soll's nun ein Scheiden geben zwischen den fest miteinander Verbackenen: das geistige volkstümliche "Orpheus"-Konzert galt dem Abschiednehmen. Kein Wunder, daß die noch einmal die lang bewährte Sängerin zum geliebten führen will, daß jeder Sänger sein Beste einsiegt, um das Abschiedskonzert zu einem Ehrendienst für den Scheiden zu erhalten. Kuvertieren zu gehalten. Kuvertieren hing das Auge an Aluges Dirigentenhands, um zum legendären Todestag des Künstlers regte. Ein wertvolles Programm unterhielt die Sängerbühnen. Zwei Chöre von Hegar, von denen das weise- und würdevolle "Abendmahl" unglaublich leiser wirkte, als die schwierige, von orchesterlich gedachten Künstenleuten nicht ganz freie "Domine ad benedictum", handen an der Spitze. Auch von den beiden Chören des ehemaligen Frankfurter Operndirektors G. v. Möhler erwies sich das Idiotische, mit dem Herz geschrifte "Ganz im Geheimen" als eindrucksvoller, denn das komplizierte, mehr mit der Feder geschriebene Chorwerk "Die verlorene Stadt". Gedachte Bühnimmung fand Reinhold Benders, des im Saale anwesenden 80jährigen Meisters, frischer Chor "Rut Wende". Zu Ehren des Scheidenden eröffnete Aluges Opus 1, das Chorwerk mit Tenor solo und Klavier Reinhard Schenck (Scheidecker).

"Sommernacht", das im Jahre 1891, im ersten öffentlichen "Orpheus"-Konzert unter Aluges Leitung seine Uraufführung erlebt hat und damals wie jetzt beispiellose Hörer fand. Das Solo sang Johannes Scheurich von der Charlotenburg-Bühne, der bekanntlich feinerster den Schritten vom Opernhaus-Denkmal zum Bühne getan hat. Hier und erst recht in Arien aus "Manon", "Bodine", dem "Vivaldi von Venedig" und in "Craonne"-Akkorden, die Prof. Aluge am Klavier begleitete, konnte man die erfreuliche Wahrnehmung machen, daß Scheurich Tenor seit seinem letzten Auftreten in Dresden an Gestalt und Vortragsschönheit noch wesentlich gewonnen hat. Auch der zweite Solist des Konzerts, der Baritonist A. Beimann, behauptete sich mit der Choräussetzung in Hegars "Abendmahl" in Ehren. — Das Aluge Aluge von seinem Klavierbegleiter begleitete, konnte man die erfreuliche Wahrnehmung machen, daß Scheurich Tenor seit seinem letzten Auftreten in Dresden an Gestalt und Vortragsschönheit noch wesentlich gewonnen hat. Auch der zweite Solist des Konzerts, der Baritonist A. Beimann, behauptete sich mit der Choräussetzung in Hegars "Abendmahl" in Ehren. — Das Aluge Aluge von seinem Klavierbegleiter begleitete, konnte man die erfreuliche Wahrnehmung machen, daß Scheurich Tenor seit seinem letzten Auftreten in Dresden an Gestalt und Vortragsschönheit noch wesentlich gewonnen hat. Auch der zweite Solist des Konzerts, der Baritonist A. Beimann, behauptete sich mit der Choräussetzung in Hegars "Abendmahl" in Ehren. — Das Aluge Aluge von seinem Klavierbegleiter begleitete, konnte man die erfreuliche Wahrnehmung machen, daß Scheurich Tenor seit seinem letzten Auftreten in Dresden an Gestalt und Vortragsschönheit noch wesentlich gewonnen hat. Auch der zweite Solist des Konzerts, der Baritonist A. Beimann, behauptete sich mit der Choräussetzung in Hegars "Abendmahl" in Ehren. — Das Aluge Aluge von seinem Klavierbegleiter begleitete, konnte man die erfreuliche Wahrnehmung machen, daß Scheurich Tenor seit seinem letzten Auftreten in Dresden an Gestalt und Vortragsschönheit noch wesentlich gewonnen hat. Auch der zweite Solist des Konzerts, der Baritonist A. Beimann, behauptete sich mit der Choräussetzung in Hegars "Abendmahl" in Ehren. — Das Aluge Aluge von seinem Klavierbegleiter begleitete, konnte man die erfreuliche Wahrnehmung machen, daß Scheurich Tenor seit seinem letzten Auftreten in Dresden an Gestalt und Vortragsschönheit noch wesentlich gewonnen hat. Auch der zweite Solist des Konzerts, der Baritonist A. Beimann, behauptete sich mit der Choräussetzung in Hegars "Abendmahl" in Ehren. — Das Aluge Aluge von seinem Klavierbegleiter begleitete, konnte man die erfreuliche Wahrnehmung machen, daß Scheurich Tenor seit seinem letzten Auftreten in Dresden an Gestalt und Vortragsschönheit noch wesentlich gewonnen hat. Auch der zweite Solist des Konzerts, der Bar

Dresdner Konzerthaus zweite große Masken-Redoute zu Gunsten der Kinderheilanstalt

heute Sonnabend, 28. Jan., 7 Uhr. In beiden Sälen Tanz bis 1 Uhr. Eintritt mit Steuer u. Tanz 25 Mk.

Konzertdirektion F. Ries (F. Plötner).
Heute Sonnabend 7 Uhr, Vereinshaus Legter Tanz-Abend
Edith von Schrenck
 Neues Programm Am Flügel: Nelly Rauschel, Hamburg.
Heute Sonnabend 7 Uhr, Gewerbehause KONZERT der dänischen Koloratursängerin
Vilhelmine Hagbo Petersen
 aus Kopenhagen auf dem gesamten Philharmon. Orchester Dirigent: Edwin Lindner. Karten F. Ries, Seite 21 u. Abendkasse.

Viktoria-Theater. Noch bis 31. Januar „Zwangseinquartierung“ mit Komiker Blatzheim in der Kapelle. Eintritt 10 Mk. Sonnabends 2 Vorstellungen 4 Uhr und 7 Uhr. Mittwoch, 1. Februar, und folgende Tage „Die Mausefalle“. ☺

SARRASANI
 Täglich 7.15 Uhr. Vorverkauf: Residenzcaféhaus und Circuskasse. **Sonntag auch 3 Uhr: 48 Löwen Gadbin II** und das komplette Rekordprogramm ohne Kürzung. Nachmittags Kinder halbe Preise.

Central-Theater-Weinstuben
 (Passage Prager-Waisenhausstr.)
 Abendlich **Künstler Konzert!** Gute Küche. Preiswerte Weine.

Winter Sport
 Hotel zur Post, Altenberg, Fernspr. Amt. Beliebtes Standquartier für Wintersportler. Zentralheizung. Reisg. Gesellschafts- u. gute Fremdenzimmer. Geschäft am Bahnhof. Max Kiß.

Buschmühle, Station Kipsdorf i. E. Fernmel. A. Schmidbauer-Kipsdorf 12. Besser Wintersport-Knotenpunkt 1. Wintersportler u. Schifffahrtsfahrer. Bekannt vorzügliches Vergnügen. Gute Fremdenzimmer. Rud. Krumpf, Besitzer. Bei uns geöffnet werden.

Mark 150000 Stammaktien der **Valencianus-Spitzenfabrik Aktiengesellschaft** in Dresden-Leuben 1500 Stück zu je Mark 100,- 2. 1.-1308. Sammel und zur Räumung an der bislangigen Stelle zugelassen. Dresden, den 26. Januar 1912. Die Zulassungsstelle der Börse zu Dresden. Julius Hölzer.

Jagdverpachtung! Die Jagdverpachtung der Gemeindelehmkei Glashütte bei Dresden, ca. 2000 Hektaren, wird am Dienstag den 14. Februar 1912 nachmitt. 2 Uhr im Jagdschloss Glashütte versteigert auf einen Zeitraum von Jahren, verpachtet werden. Die Pachtbedingungen liegen jetzt Glashütte lang in der Wohnung des Unternehmens aus. Glashütte, den 25. Januar 1912. Der Jagdvorsteher.

Emil Klink Nachf.
Haeussler & Sachse Dresden-A. Waisenhausstr. 7 - Fernsprecher 27185 Geschäftsbücher-Fabrik und Bürobedarfshaus. Spezialität: Sonderanfertigung von Geschäftsbüchern, Liniaturen und Drucksachen.

Kopierbücher :: Kopierrollen Leitz - Ordner Ablegemappen :: Schnellhefters Farbbänder Kohlepapier :: Wachspapier

Kristall-Kronenleuchter für Salons gefertigt. Angebote mit Preis Müller, Prager Straße 21, prl.

Büro-Ausrüstungen



sparen Arbeit und schaffen Ordnung!

A. Weissloch
 Blasendorfstraße 26
 1. Stad.

Versuchen Sie das

Autobetriebsstoff „Ecolin“

Engste Siedegrenzen — daher sparsamer Verbrauch! Realistische Verbrennung — höchste Kraftentwicklung!

Mk. 19,20 p. L.

prompt ab Lager lieferbar

Everth & Co.

O. m. b. n.

Dresden-A. 29 Hamburger Straße 44 Fernsprecher 17151, 17177, 17144

Nur für Fernverkehr 14377

Nach 7 Uhr abends: Nach 7 Uhr abends: Direktion 4778

Telegramm-Adresse: Ecolin Dresden

Fernsprecher 17151, 17177, 17144

Nur für Fernverkehr 14377

Nach 7 Uhr abends: Abt. Verkauf 17344

Wollen Sie Kohlen und Verdruss im Hause sparen,

dann lassen Sie Ihre Wäsche von 15 kg an bei mir waschen und nach Gewicht wie folgt berechnen:

Naßwä sche, gewaschen und entwirkt, kg **3,20**

Trockenwä sche, gewaschen und getrocknet, kg **4,00**

Gebühr Schmalz! Lieferzeit 3-4 Tage. Jährlind weiß!

kleiner Wagen holen und bringen die leeren Schranken ab und erparren die leeren Schrankenabfälle.

Ein Bericht wird Sie überzeugen.

Philip Stolle Dampfwäscherei Edelweiß Fernsprecher 17344

Dresden-A. 29 Hamburger Straße 44 Fernsprecher 17151, 17177, 17144

Nur für Fernverkehr 14377

Nach 7 Uhr abends: Abt. Verkauf 17344

Telegramm-Adresse: Ecolin Dresden

Fernsprecher 17151, 17177, 17144

Nur für Fernverkehr 14377

Nach 7 Uhr abends: Abt. Verkauf 17344

Telegramm-Adresse: Ecolin Dresden

Fernsprecher 17151, 17177, 17144

Nur für Fernverkehr 14377

Nach 7 Uhr abends: Abt. Verkauf 17344

Telegramm-Adresse: Ecolin Dresden

Fernsprecher 17151, 17177, 17144

Nur für Fernverkehr 14377

Nach 7 Uhr abends: Abt. Verkauf 17344

Telegramm-Adresse: Ecolin Dresden

Fernsprecher 17151, 17177, 17144

Nur für Fernverkehr 14377

Nach 7 Uhr abends: Abt. Verkauf 17344

Telegramm-Adresse: Ecolin Dresden

Fernsprecher 17151, 17177, 17144

Nur für Fernverkehr 14377

Nach 7 Uhr abends: Abt. Verkauf 17344

Telegramm-Adresse: Ecolin Dresden

Fernsprecher 17151, 17177, 17144

Nur für Fernverkehr 14377

Nach 7 Uhr abends: Abt. Verkauf 17344

Telegramm-Adresse: Ecolin Dresden

Fernsprecher 17151, 17177, 17144

Nur für Fernverkehr 14377

Nach 7 Uhr abends: Abt. Verkauf 17344

Telegramm-Adresse: Ecolin Dresden

Fernsprecher 17151, 17177, 17144

Nur für Fernverkehr 14377

Nach 7 Uhr abends: Abt. Verkauf 17344

Telegramm-Adresse: Ecolin Dresden

Fernsprecher 17151, 17177, 17144

Nur für Fernverkehr 14377

Nach 7 Uhr abends: Abt. Verkauf 17344

Telegramm-Adresse: Ecolin Dresden

Fernsprecher 17151, 17177, 17144

Nur für Fernverkehr 14377

Nach 7 Uhr abends: Abt. Verkauf 17344

Telegramm-Adresse: Ecolin Dresden

Fernsprecher 17151, 17177, 17144

Nur für Fernverkehr 14377

Nach 7 Uhr abends: Abt. Verkauf 17344

Telegramm-Adresse: Ecolin Dresden

Fernsprecher 17151, 17177, 17144

Nur für Fernverkehr 14377

Nach 7 Uhr abends: Abt. Verkauf 17344

Telegramm-Adresse: Ecolin Dresden

Fernsprecher 17151, 17177, 17144

Nur für Fernverkehr 14377

Nach 7 Uhr abends: Abt. Verkauf 17344

Telegramm-Adresse: Ecolin Dresden

Fernsprecher 17151, 17177, 17144

Nur für Fernverkehr 14377

Nach 7 Uhr abends: Abt. Verkauf 17344

Telegramm-Adresse: Ecolin Dresden

Fernsprecher 17151, 17177, 17144

Nur für Fernverkehr 14377

Nach 7 Uhr abends: Abt. Verkauf 17344

Telegramm-Adresse: Ecolin Dresden

Fernsprecher 17151, 17177, 17144

Nur für Fernverkehr 14377

Nach 7 Uhr abends: Abt. Verkauf 17344

Telegramm-Adresse: Ecolin Dresden

Fernsprecher 17151, 17177, 17144

Nur für Fernverkehr 14377

Nach 7 Uhr abends: Abt. Verkauf 17344

Telegramm-Adresse: Ecolin Dresden

Fernsprecher 17151, 17177, 17144

Nur für Fernverkehr 14377

Nach 7 Uhr abends: Abt. Verkauf 17344

Telegramm-Adresse: Ecolin Dresden

Fernsprecher 17151, 17177, 17144

Nur für Fernverkehr 14377

Nach 7 Uhr abends: Abt. Verkauf 17344

Telegramm-Adresse: Ecolin Dresden

Fernsprecher 17151, 17177, 17144

Nur für Fernverkehr 14377

Nach 7 Uhr abends: Abt. Verkauf 17344

Telegramm-Adresse: Ecolin Dresden

Fernsprecher 17151, 17177, 17144

Nur für Fernverkehr 14377

Nach 7 Uhr abends: Abt. Verkauf 17344

Telegramm-Adresse: Ecolin Dresden

Fernsprecher 17151, 17177, 17144

Nur für Fernverkehr 14377

Nach 7 Uhr abends: Abt. Verkauf 17344

Telegramm-Adresse: Ecolin Dresden

Fernsprecher 17151, 17177, 17144

Nur für Fernverkehr 14377

Nach 7 Uhr abends: Abt. Verkauf 17344

Telegramm-Adresse: Ecolin Dresden

Fernsprecher 17151, 17177, 17144

Nur für Fernverkehr 14377